

Ein Modellversuch, der sich ausschließlich mit der „Qualifizierung von Ausbildern für ausländische Jugendliche“ befaßt, wird von der Handwerkskammer zu Köln durchgeführt in Zusammenarbeit mit den Firmen Bayer-Werke AG, Ford-Werke AG und Klöckner-Humboldt-Deutz AG. Entwickelt wird ein 40 Stunden umfassender Weiterbildungslehrgang für Ausbilder aus Handwerk und Industrie, in dem eingebettet in Fallbeispiele aus der betrieblichen Ausbildungspraxis Informationen bereitgestellt werden, die zum Verständnis türkischer Auszubildender und ihrer Eltern erforderlich sind. Gleichzeitig ist der Lehrgang so zugeschnitten, daß anhand der Fallbeispiele ein situationsgebundenes Handeln und Verhalten von Ausbildern exemplarisch erarbeitet werden kann. Das entwickelte Lehrgangskonzept ist im November/Dezember 1981 mit je sechs Teilnehmern aus Handwerk und Industrie erprobt worden und wird im Frühjahr 1982 in einem zweiten Durchgang revidiert. Im Sommer 1982 wird der Lehrgang einschließlich Materialien für Teilnehmer und Referenten vor Sachverständigen aus Industrie und Handwerk sowie vor geeigneten Weiterbildungseinrichtungen präsentiert. Dabei wird über Zielsetzung und Qualifizierungserfolge umfassend informiert werden.

Anmerkungen

- [1] Eine weitere Förderung der Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher erfolgt durch das Programm des BMW „zur Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen“.
- [2] Hecker, U.: Repräsentativ-Untersuchung über die Bildungs- und Beschäftigungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Erste Ergebnisse. In: Hecker, Ursula; Schmidt-Hackenberg, Dietrich: Bildungs- und Beschäftigungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Teil I: Grunddaten der Befragung. Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 30, hrsg. v. Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär. Berlin 1980.
- [3] Zwischenergebnisse des Modellversuchs bei Audi/NSU/Auto Union AG, Standort Neckarsulm.
- [4] Ein weiterer Modellversuch zielt auf die berufliche Nachqualifizierung erwachsener ausländischer Arbeitnehmer (Verein zur Förderung der beruflichen Weiterbildung e.V., Hamburg).
- [5] Modellversuch der Handwerkskammer zu Köln in Kooperation mit Bayer-Werke AG, Ford-Werke AG, Klöckner-Humboldt-Deutz AG.
- [6] Kuhs, K.; Reich, Hans H.: Rechtschreibprobleme türkischer Schüler. Fehleranalyse und Unterrichtsvorschläge. In: Praxis Deutsch, Sonderheft 80, S. 55 – 62.
- [7] Modellversuch der Westfälischen Berggewerkschaftskasse, Bochum, in Kooperation mit der Bergbau AG Niederrhein und der Bergbau AG Lippe.
- [8] Aus der Untersuchung von Hecker, a. a. O., S. 59, geht hervor, daß knapp 80 Prozent der ausländischen Auszubildenden einen qualifizierten deutschen Schulabschluß erreicht haben. Damit wird deutlich, daß die dort erzielten Ausbildungserfahrungen nicht auf die Modellversuchspopulation übertragbar sind.
- [9] Damit will das Bundesinstitut derzeit noch keine allgemeingültigen Aussagen weder im Hinblick auf Personen und deren Qualifikation noch hinsichtlich des Umfangs, der Inhalte und Organisationsform sozialpädagogischer Arbeit treffen.
- [10] Modellversuch der Handwerkskammer der Pfalz, Kaiserslautern.
- [11] Modellversuche: Audi/NSU/Auto Union, Standort Ingolstadt; Volkswagenwerk AG, Hannover.
- [12] Vgl. Stüwe, G.; Karsten, G.; Wildt, C.: Erfassung der Lebenswelt junger Ausländer zur Konstruktion eines qualitativen Maßnahmen-Kataloges, Gutachten des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik im Auftrag des Senats für Jugend, Familie und Sport, Berlin, 31. 12. 1980.
- [13] Im Modellversuch des Vereins zur Förderung der Berufsbildung e.V., Dr. Heinz Potthoff, Bielefeld, wird dieser Schwerpunkt nicht berücksichtigt.
- [14] Die Pilotbefragung wurde von der HwK zu Köln zur Vorbereitung des Modellversuchs in Zusammenarbeit mit dem BIBB bei insgesamt 49 Ausbildern (21 aus dem Handwerk, 28 aus der Industrie) durchgeführt.

Werner Markert

Zur Bildungssituation ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland

Die aktuelle Diskussion zur Problematik der Eingliederung ausländischer Arbeitnehmerfamilien verweist nachdrücklich auf die Untersuchung der Bildungschancen dieser Bevölkerungsgruppe.

Befragungen haben ergeben, daß fast 80 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer als An- und Ungelernte beschäftigt sind, meist mit einer geringen Vorbildung nach Deutschland einreisen und daher noch immer über ungenügende Deutschkenntnisse und eine geringe Allgemeinbildung verfügen. Ihre Nachqualifizierung ist daher mit großen Schwierigkeiten verbunden, wenn gleich in Betrieben und in Bildungswerken inzwischen auf diesem Gebiet große Anstrengungen unternommen werden.

In diesem Beitrag werden die Aus- und Fortbildungsprobleme ausländischer Jugendlicher und Erwachsener beschrieben, die mittels Intensivinterviews und Expertengesprächen festgestellt werden konnten. Abschließend werden Hinweise zu modellhaften Maßnahmen gegeben, die von Betrieben und Bildungswerken zur beruflichen Qualifizierung dieser Personengruppe durchgeführt werden.

Ausgangslage

Die aktuelle Diskussion zu einer Veränderung der Ausländerpolitik in Bund und Ländern mit dem Ziel einer faktischen Zugangssperre gibt der Frage der Eingliederungschancen von aus-

ländischen Jugendlichen und Erwachsenen ein besonderes Gewicht. Nachdem bis Mitte der siebziger Jahre unausgesprochen davon ausgegangen wurde, die meisten ausländischen Gastarbeiter würden zurückkehren, scheint sich gerade in den beiden letzten Jahren die Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland zu entwickeln. Die Gründe dieser Entwicklung sind sicher ökonomischer Natur. Eine große Zahl der ausländischen Gastarbeiter und ihrer Familien kam mit einer Rückkehrorientierung nach Deutschland, die bei vielen älteren ausländischen Arbeitnehmern heute noch besteht. Hindernisse für eine Verwirklichung ihrer Rückkehrabsichten liegen einmal in der nach wie vor schlechten wirtschaftlichen Situation der Herkunftsländer wie der ungenügenden beruflichen Vorbereitung für eine Rückkehr auch bei denjenigen ausländischen Arbeitnehmern, die schon mehr als fünf Jahre in der Bundesrepublik arbeiten.

Wenn nun die Eingliederungschancen auch der älteren Ausländer verbessert werden sollen, da faktisch eine Rückkehr für viele Familien aus ökonomischen Gründen kaum in Frage kommt, ist es notwendig, die Lebens- und Berufssituation dieser Gruppe näher kennenzulernen. Inzwischen ist eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen vorgelegt worden, die die Bildungs- und Beschäftigungssituation ausländischer Jugendlicher detailliert beschrieben haben [1].

Die Arbeits- und Lebenssituation der Elterngeneration — in der Regel Angehörige der sogenannten 1. Ausländergeneration — wurde jetzt in repräsentativen Erhebungen im Rahmen der Veröffentlichungen des Forschungsbundes 'Probleme der Ausländerbeschäftigung' sowie des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung erfaßt [2]. Als Ergebnis dieser Untersuchungen kann festgehalten werden, daß die gewünschte berufliche und soziale Eingliederung der Jugendlichen ohne eine gleichlaufende Verbesserung der Lebens- und Bildungssituation ihrer Eltern kaum gelingen kann. Diese These kann mit den allgemeinen Erkenntnissen aus der Sozialisationsforschung belegt werden: Die Lebenssituation der Eltern sowie die Umwelteinflüsse in der frühkindlichen Sozialisation prägen entscheidend die Lebenschancen der heranwachsenden Generation. So wird die Lebenssituation der jetzt in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen zum großen Teil durch Faktoren bestimmt, die ihre Eingliederung in das hier bestehende Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt erschweren: Sie sind zu einem großen Teil im Heimatland der Eltern geboren und erst als Schulpflichtige in die Bundesrepublik gekommen [3]. Dieser für eine Eingliederung „negative“ Sozialisationsfaktor wird noch dadurch verstärkt, daß die Lebenssituation ihrer Eltern durch folgende Merkmale charakterisiert ist:

Geringe Schulbildung, unqualifizierte Berufstätigkeit und Wohnen in einem sozialen Ghetto [4].

In einem Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung wurde jetzt auf der Basis von Fallstudien die **Bildungssituation** ausländischer Jugendlicher und Erwachsener untersucht. Im Rahmen dieser Fallstudien wurden Intensivinterviews mit den Betroffenen selbst durchgeführt. Hier sollen nun diejenigen Ergebnisse dargestellt werden, die die Berufs- und Bildungssituation der ausländischen Arbeitnehmer genauer zu charakterisieren vermögen und den Einfluß auf die Lebenschancen ihrer Kinder verdeutlichen.

Die Lebens- und Arbeitssituation ausländischer Arbeitnehmer

Die neueren repräsentativen Erhebungen zur Lebens- und Berufssituation ausländischer Arbeitnehmer bestätigen mit nur geringen Abweichungen die Ergebnisse der „Repräsentativuntersuchung '72“ der Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg 1973). Nur rund 14 Prozent der gewerblich beschäftigten Ausländer sind als gelernte Facharbeiter tätig, dagegen etwa 40 Prozent der deutschen Arbeitnehmer. Rund 70 Prozent der Ausländer (Bundesanstalt für Arbeit 1972) bzw. etwa 80 Prozent (Forschungsverbund 'Probleme der Ausländerbeschäftigung' 1976) sind als un- und angelernte Arbeitnehmer beschäftigt [5].

Schulbildung bzw. berufliche Ausbildung, die sie im Heimatland erwerben, reichen höchstens aus, die unteren beruflichen Positionen in unserem Beschäftigungssystem einzunehmen. So haben nach Untersuchungen von Kremer/Spangenberg „16 Prozent der Türken, 14 Prozent der Spanier, 11 Prozent der Jugoslawen und je 6 Prozent der Griechen und Italiener“, die bei uns arbeiten, in ihrem Heimatland keine Schule besucht [6]. Die Standards der Anforderungen an eine Facharbeiterqualifikation, wie sie in der Bundesrepublik üblich sind, haben etwa zwei Drittel der Angehörigen der 1. Ausländergeneration nicht erfüllt: „Ohne jede berufliche Ausbildung waren zum Zeitpunkt der Wanderung 72 Prozent der Griechen, 67 Prozent der Spanier, 66 Prozent der Türken und Italiener und 53 Prozent der Jugoslawen“ (ebd. S. 29). Die schlechten Eingliederungschancen für die Mehrzahl der ausländischen Arbeitnehmer besitzen in diesen beiden Merkmalen bereits ihren Ausgangspunkt. Sie stehen am unteren Ende der Berufshierarchie, und viele sind mit einem Bildungsniveau eingereist, das sie nach unseren Bildungsabschlüssen als faktische Analphabeten charakterisiert. Die soziale Ghettosituation, in der sie häufig leben, verhindert bei Angehörigen dieser Gruppe zusätzlich die Chance des Erwerbs ausreichender Deutschkenntnisse. Eine erfolgreiche Teilnahme an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen ist von ihnen daher kaum zu erwarten.

Allerdings konnten Kremer/Spangenberg feststellen, daß den **ausländischen Facharbeitern** eine soziale Eingliederung signifikant eher gelungen ist als den „Hilfsarbeitern“. Sie sind mit einer besseren Vorbildung eingereist und haben häufiger Kontakte zu Deutschen. Sie leben in einer besseren Wohngegend und verbessern rasch ihre deutschen Sprachkenntnisse. Das Statusmerkmal „Hilfsarbeiter“ und das Kennzeichen Ausländer bewirken dagegen eine doppelt diskriminierende Verstärkerwirkung für die Migranten [7]. Diese Faktoren besitzen damit auch entscheidenden Einfluß auf die Sozialisation der Kinder. Zwar sieht insgesamt die Bildungssituation der Kinder der 1. Ausländergeneration günstiger aus als die ihrer Eltern, aber im Vergleich zu deutschen Jugendlichen ihres Alters sind auch sie signifikant unterqualifiziert. So haben 40 Prozent der eingereisten Jugoslawen und 28 Prozent der Italiener in ihrem Heimatland acht Jahre und länger die Schule besucht und damit eine dem deutschen Hauptschulabschluß vergleichbare schulische Mindestqualifikation erreicht, aber von den anderen Nationalitäten können nur weniger als 20 Prozent der eingereisten Jugendlichen oder Schüler einen solchen Schulabschluß nachweisen. Im Zusammenhang mit der skizzierten Lebens- und Bildungssituation ihrer Eltern in Deutschland verwundert es dann nicht, daß nur etwa die Hälfte dieser Jugendlichen hier den Hauptschulabschluß (HASA) erreicht [8].

Folgende Faktoren lassen sich zusammenfassend bestimmen, die eine erfolgreiche Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Kinder in die Lebens- und Berufssituation in der Bundesrepublik erschweren:

- die schulische und berufliche Qualifikation bei der Einreise reicht allenfalls zur Aufnahme einer unqualifizierten Beschäftigung aus,
- die Verbindung der Merkmale „Hilfsarbeiter“ und Ausländer wirkt sich negativ auf die Chance einer sozialen Integration aus,
- in einer isolierten Ghettosituation lebend, bleibt ihr Spracherwerb stark eingeschränkt. Informationen über Bildungsmöglichkeiten sowie zur allgemeinen Verbesserung ihrer Lebenssituation bleiben ihnen versperrt,
- ihre Kinder kommen häufig ohne Schulabschluß nach Deutschland und können von ihren Eltern kaum eine wirkliche Eingliederungshilfe erwarten.

Diese Aussagen lassen sich auf der Basis repräsentativer Untersuchungen festhalten. Im folgenden soll die Problemsicht der Betroffenen selbst zur Sprache kommen. Die nachfolgenden Aussagen sind auf der Basis von Intensivinterviews gewonnen worden, die mit Teilnehmern in Maßnahmen zur Berufsvorbereitung, Berufsausbildung und Umschulung geführt wurden. Ich beschränke mich dabei auf die Darstellung eines **Aspektes** des Forschungsprojekts, auf die Auswertung der **Intensivinterviews** mit ausländischen Arbeitnehmern und Jugendlichen. Mit diesem Bericht können die statistisch gewonnenen Ergebnisse besser veranschaulicht werden. Es sollen die ‚Brennpunkte‘, die eine Eingliederung behindern, aus der Sicht der Betroffenen konkreter gefaßt werden.

Ausländische Arbeitnehmer und Jugendliche als Teilnehmer an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Entsprechend dem Erkenntnisinteresse des Forschungsprojekts werden vor allem die Einflußfaktoren untersucht, die die Aus- und Fortbildungsmotivation ausländischer Jugendlicher und Erwachsener begünstigen oder hemmen. Die Darstellung bezieht sich auf zwei Problembereiche:

1. Zunächst werden die Hemmnisse und Schwierigkeiten beschrieben, die von den ausländischen Arbeitnehmern und Jugendlichen selbst als Hindernis genannt werden, um hier eine berufsvorbereitende oder eine Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahme erfolgreich abschließen zu können. Diese

Gruppe repräsentiert die große Mehrzahl der hier lebenden Ausländer. Für sie treffen im Prinzip jene Faktoren zu, die im vorangegangenen Kapitel dargestellt wurden.

2. Diejenigen ausländischen Arbeitnehmer, die sich selbst als integrationsorientiert kennzeichnen, stellen in gewisser Weise eine Kontrollgruppe zur Mehrzahl unserer Untersuchungsgruppe dar. Ihre Aussagen zu den bestehenden Aus- und Fortbildungschancen sind daher von besonderem Interesse, da sie zu der Gruppe derjenigen Ausländer zählen, deren Integrationsbemühungen erfolgreich verlaufen sind.

Eingliederungsschwierigkeiten von älteren ausländischen Arbeitnehmern (1. Ausländergeneration)

Die Gruppe der befragten älteren ausländischen Arbeitnehmer (meist älter als 40 Jahre) weist zum Zeitpunkt ihrer Einreise mehrheitlich folgende Merkmale auf: Unzulängliche Schulbildung (höchstens sechs Jahre Schulbesuch – Ausnahme: Jugoslawen) und unqualifizierte Berufstätigkeit im Heimatland (vgl. Abschnitt 1). Sie üben in Deutschland un- und angelernte Tätigkeiten aus, leben in einer Ghettosituation und sind zunächst noch rückkehrorientiert. Sie hoffen oft, ihren Lebensabend im Heimatland verbringen zu können. Sie wären bereits früher zurückgegangen bzw. würden auch bald zurückkehren, wenn sie dort einen adäquaten Arbeitsplatz gefunden hätten bzw. finden würden. Bei ihnen kumulieren sich die bezeichneten Negativfaktoren zu einer „Defizitsituation“ im Hinblick auf die Chance, in Deutschland an qualifizierender beruflicher Weiterbildung teilzunehmen und diese erfolgreich zu beenden. Viele sprechen die deutsche Sprache – oft nach mehrjährigem Aufenthalt – schlecht, in der Regel genügen ihre Deutschkenntnisse nicht den Anforderungen, die für eine Berufsausbildung gestellt werden. Besonders schwierig ist dabei die Situation der ausländischen Arbeitnehmerinnen.

„Bei einem großen Teil unserer Umschüler handelt es sich um Frauen, die schon über 40 Jahre alt sind. Die älteste ist 52. Diese Frauen haben erhebliche Sprachprobleme. Sie sind teilweise so groß, daß sie dem Grundunterricht nicht folgen können. Hier ist dem Arbeitsamt vorzuwerfen, daß es die Leute nicht richtig informierte und auch keine entsprechende Auswahl traf, die es der Einrichtung möglich machen würde, entsprechende Gruppen zusammenzustellen.“ (Fachlehrer in einer überbetrieblichen Umschulungsmaßnahme)

Die befragten Teilnehmer sehen diesen Mangel selbst sehr deutlich. So bemerkt eine Teilnehmerin aus diesem Kurs:

„Ich habe nicht gedacht, daß ich so lange in Deutschland bleibe und habe daher die Sprache und die Grammatik nicht richtig gelernt.“ (Griechin, 41 Jahre)

Sie hat in Griechenland nur vier Jahre die Schule besucht und hat seitdem an keiner Bildungsmaßnahme mehr teilnehmen können.

Bei den Frauen verstärken sich die Negativfaktoren, wenn sie in stark patriarchalisch geprägten Familiensituationen leben – vor allem bei Türkinnen und Griechinnen. Sie sprechen in der Familie nur ihre Muttersprache. Sie haben ihre berufliche Tätigkeit nach einer kurzen Einarbeitungsphase oft jahrelang ausgeübt, ohne ein genügendes ‚Umgangsdeutsch‘ zu erlernen.

„Das Arbeitsamt hat mich hierher in die Umschulung zum Teilerzieher geschickt. Ich bin jetzt 45 Jahre. Es ist schwer hier im Schreiben und Lesen und den Fächern. In Griechenland war ich nur drei Jahre in der Schule. Das war nichts. Jetzt soll ich hier lernen, das geht nicht. An der Maschine arbeiten, das ist nicht so schwer. Ich hätte gern vorher einen Deutschkurs besucht, aber das Arbeitsamt hat mich nicht gefragt, ob ich das hier auch kann. Ich habe zwei Kinder, den Mann und den Haushalt und muß zu Hause viel arbeiten. Da konnte ich nebenher nicht lernen.“ (Griechin, 45 Jahre)

Ähnliche Aussagen haben wir auch von den ausländischen Männern erhalten, die wir als Teilnehmer bei Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen interviewt haben. Ihre beruflichen Kenntnisse haben sie im Rahmen kurzfristiger betrieblicher An-

lernmaßnahmen erworben. Selbst wenn sie ihren Beruf mehrere Jahre ausgeübt haben, sind ihre Deutschkenntnisse noch mangelhaft. So wurde in den Betrieben immer wieder darauf hingewiesen, daß noch immer die meisten ausländischen Arbeitnehmer, vor allem in un- und angelernten Tätigkeiten Schwierigkeiten haben, Arbeitsschutzvorschriften oder Arbeitsanweisungen zu verstehen.

Diese Situation hat einige Betriebe dazu veranlaßt, innerbetriebliche Qualifizierungsmaßnahmen für ausländische Arbeiter anzubieten, um deren Kenntnisse in der Fachsprache wie im Umgangsdeutsch zu verbessern. So haben etwa die BMW AG und die Hoechst AG im Rahmen eines ‚Lernstatt‘-Modells seit 1973 Aktivitäten in dieser Hinsicht unternommen. Dieses Modell ist inzwischen von beiden Unternehmen zu einer allgemeinen Maßnahme innerbetrieblicher Organisationsentwicklung ausgebaut worden [9]. Zur Zeit wird mit einer ähnlichen Zielsetzung vom Institut für Zukunftsforschung/Berlin in Kooperation mit mehreren Betrieben im Ruhrgebiet ein Forschungsprojekt ‚Humanisierung der Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeitnehmer durch Ausweitung der sozialen Kompetenz‘ durchgeführt. Im Berufsbildungszentrum Frankfurt des Internationalen Bundes für Sozialarbeit wird zusammen mit dem Arbeitsamt versucht, eine auf die jeweils besonderen ‚Defizite‘ bezogene Berufs- und Bildungsberatung anzubieten. Weiter hat die spanische Botschaft ein Informations- und Beratungssystem für alle in der Bundesrepublik lebenden Spanier mit dem Ziel aufgebaut, dieser Ausländergruppe die notwendige Vorbildung zur Erlangung eines qualifizierten Berufsabschlusses zu ermöglichen. Diese Eingliederungshilfen und Fördermaßnahmen zielen alle auf eine Verbindung von beruflicher Qualifikation und sozialer Integration.

Bislang hat es sich aber als schwierig erwiesen, diejenigen ausländischen Familien für solche Maßnahmen zu gewinnen, die aus religiösen oder ethnischen Gründen an einer starken Bindung ihrer Lebensweise an den Normen ihres Heimatlandes festhalten. An diesem Faktum können die integrationsorientierten Angebote nicht vorbei gehen. In diesen Familien wird auch besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Kinder in der Bundesrepublik Nationalklassen oder -schulen bzw. Koranschulen besuchen. Per Erlaß ist die Integrationsfähigkeit oder Bereitschaft dieser Ausländergruppe sicher nicht zu regeln. Ihre Lebenssituation wird in besonderem Maße von jenen ‚Defizit‘-Faktoren charakterisiert, die in Abschnitt 1 genannt wurden. Für sie wären Bildungsangebote zu entwickeln, die ihnen eine Rückkehr in ihr Heimatland erleichtern. Exemplarisch seien hier Aktivitäten der italienischen Botschaft genannt, die im Rahmen des Modellversuchs-Programms des BMBW eine Umschulungs-Maßnahme für italienische Arbeiter durchzuführen beabsichtigt, mit dem Ziel, den Teilnehmern sowohl einen deutschen wie italienischen beruflichen Bildungsabschluß zu ermöglichen.

Für solche Aktivitäten müßten sicher auch die Botschaften Griechenlands und der Türkei, in Kooperation mit dem EG-Sozialfonds, zu gewinnen sein.

Zusammengefaßt ist die Situation der älteren ausländischen Arbeitnehmer wie folgt zu beschreiben.

Sie sind zu einem hohen Prozentsatz mit einer ungenügenden schulischen Vorbildung nach Deutschland gekommen und haben in den Lebens- und Arbeitsbedingungen hier kaum Anreize gefunden, ihre Bildungs- und Arbeitssituation entscheidend zu verbessern. Negativ wirkt sich diese ‚Defizit‘-Situation auf drei Ebenen aus:

- ohne zusätzliche Fördermaßnahmen können sie berufliche Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen nicht erfolgreich abschließen,
- diese Situation wirkt als negativer Sozialisationsfaktor auf die Integrationschancen ihrer Kinder,
- eine Rückkehrorientierung wird ebenfalls dadurch erschwert, daß sie selbst nach einigen Jahren des Aufenthalts in Deutschland kaum qualifizierte berufliche Qualifikationen oder eine bessere Allgemeinbildung erworben haben.

Eingliederungsschwierigkeiten von ausländischen Jugendlichen

Die Kinder der 1. Ausländergeneration sind zu einem großen Teil zunächst im Heimatland geblieben, da die Eltern von einer früheren Rückkehr ausgingen. Aber selbst, wenn sie relativ früh nach Deutschland nachgeholt wurden, haben sie große Probleme, die Hauptschule erfolgreich abzuschließen und einen Ausbildungsvertrag zu bekommen. Sehr oft werden diese Kinder und Jugendliche – vor allem Türken und Griechen – rückkehrorientiert erzogen. Sie sollen in Deutschland in erster Linie ihre Muttersprache erlernen. Diese Kinder versagen dann häufig unter der ihnen zugemuteten Doppelbelastung.

„Ich bin seit 1969 in Deutschland. In der Türkei habe ich die erste Schulklasse besucht, dann bin ich nach Deutschland in die erste Klasse gekommen. Von der zweiten bis fünften Klasse war ich dann hier in einer türkischen Schule, von der sechsten bis neunten wieder in einer deutschen Schule. In der neunten Klasse bin ich von der Hauptschule abgegangen, ich habe aber kein ordentliches Abschluszeugnis gemacht. Mit dem Abgangszeugnis habe ich dann keine Lehrstelle gefunden.“ (Türke, 16 Jahre)

Die Kinder dieser Gruppe empfinden den Kulturbruch, in Deutschland aufgewachsen zu sein, aber von ihren Eltern im Normensystem des Heimatlandes erzogen zu werden, sehr stark. Dieses Eingliederungsproblem besteht besonders für Jugendliche aus stark religiös orientierten türkischen und griechischen Familien.

„Ich fühle mich hier doch mehr zu Hause als in der Türkei. Aber ins Vaterland muß man mal zurückkehren. Ich kann jetzt alles noch nicht so sagen. Aber in der Familie als einziger Sohn sollte man auf die Eltern aufpassen, wenn sie alt sind. Aber ich habe jetzt Schwierigkeiten, türkisch zu sprechen.“ (Türke, 16 Jahre)

Auf diese Kinder und Jugendlichen müssen die deutschen Schulen und Berufsschulen besser vorbereitet sein, für sie sind vor allem Fördermaßnahmen anzubieten, die ihnen die qualifikatorischen Voraussetzungen vermitteln, um in eine betriebliche Ausbildung aufgenommen werden zu können. Bei ihnen muß die Bildungslücke zwischen ungenügendem Schulabschluß (oft kein Hauptschulabschluszeugnis) und Anforderungen von seiten der Berufsausbildung geschlossen werden.

„In der Hauptschule war ich immer schlecht, weil ich so spät angefangen habe, Deutsch zu lernen. Ich bin hier erst 2 Jahre in eine spanische Schule gegangen. In der deutschen Klasse gab es dann nur zwei Ausländer. Vor allem in der Aussprache und in der Grammatik hatte ich große Schwierigkeiten. Ich habe mit 14 die Hauptschule verlassen und bin in ein Berufsvorbereitungsjahr gegangen. Das wiederhole ich jetzt nochmals, um hier meinen Hauptschulabschluß zu schaffen.“

Er besucht nachmittags einen von der spanischen Botschaft angebotenen Förderkurs.

„Im Förderkurs gibt ein spanischer Lehrer Mathematik. Wir lernen Mathematik erst in Spanisch und gehen dann langsam ins Deutsche über. Wenn wir Mathematik können, kommt dann noch im Förderkurs Physik und Technik.“ (Spanier, 16 Jahre)

Solche Fördermaßnahmen, mit denen angestrebt wird, möglichst allen in Deutschland lebenden Spaniern einen Bildungsstand auf der Ebene des deutschen Hauptschulabschlusses zu vermitteln, stellen ein hervorragendes Modell dar, die Brücke zwischen schlechtem Abschluß der deutschen Hauptschule und den Qualifikationsvoraussetzungen für eine Berufsausbildung zu schließen. In dieser Frage sollte auch auf die Erfahrungen des Deutschen Volkshochschulverbandes, Kurse zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses (HASA) für „Problemgruppen“ und Ausländer anzubieten, zurückgegriffen werden.

Eingliederungsschwierigkeiten der Spätzusteiger

Die jungen Ausländer, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland kommen, besitzen meist eine bessere Schulbildung als ihre Eltern (die 1. Ausländergeneration). Sie

sind in der Regel stark bildungsmotiviert, oft von ihren Eltern gerade deshalb nach Deutschland geholt worden, um eine gute Ausbildung zu bekommen. In stark patriarchalisch geprägten Familien übernehmen sie die Rückkehrorientierung der Eltern. Sie sind oft daran interessiert, einen Beruf zu erlernen, der im Heimatland guten Verdienst und vor allem auch Autonomie verspricht: Kfz-Mechaniker und Elektrotechniker bei den Jungen, Friseur und Kosmetikerin bei den Mädchen (vgl. auch Hecker 1980). Ein qualifizierter Berufsabschluß in Deutschland wird z. B. in der Türkei als eine Art „Meisterprüfung“ bewertet und gilt als Voraussetzung, einen eigenen Betrieb gründen zu können.

„In der Türkei wollte ich mich für den Elektrobereich ausbilden. Aber dann bin ich ja weg. Hier möchte ich Kfz-Mechaniker werden. Das ist für die Rückkehr gut. Aber an der Drehmaschine lernen ist auch gut, ich kann dann die Mechanik, das können die Leute in der Türkei nicht. Ich würde gerne die Facharbeiterprüfung machen. Aber für die Kfz-Mechaniker gibt es nur wenig Plätze. Ich will hier etwas lernen, was ich in der Türkei gut gebrauchen kann. Mit Bauschlosser oder Hotelgewerbe kann ich in der Türkei nichts machen.“ (Türke, 16 Jahre, besucht einen Berufsgrundbildungskurs Metall)

Sie lehnen oft Berufe ab, die diesen Vorstellungen nicht entsprechen. Ihre Ausbildungserwartungen, verbunden mit dem Wunsch, auch in Deutschland erste praktische Berufserfahrungen zu sammeln, bedeuten, daß sie – inklusive Vorschaltkursen – mit einer Ausbildungsdauer von etwa 5 Jahren rechnen müssen. Diese Problematik ist ihnen und auch ihren Eltern meist nicht bewußt. Werden sie dann HASA-Kursen oder MBSE-Maßnahmen zugewiesen, führt dies oft zu Demotivation, zumal nach Abschluß der Maßnahme kaum eine Gewähr für einen Ausbildungsplatz besteht. So finden nur knapp 20 Prozent der Absolventen der MBSE einen Ausbildungsplatz [10]. Bei dieser Gruppe müßten die Fördermaßnahmen viel besser auf die realen Fähigkeiten der Betroffenen abgestimmt werden. Die besondere soziale Problematik vieler „Spätzusteiger“ charakterisiert der „Fall“ eines jungen Türken: der Vater war in der Türkei Bauer und arbeitet hier als Flughafenarbeiter, der Sohn besuchte in der Türkei das berufliche Gymnasium erfolgreich. In Deutschland wird ihm aber nur der HASA anerkannt, er „steigt“ mit einer MBSE ein, obwohl er nach seinem Bildungsstand hier eine Fachoberschule besuchen könnte. Sein Bildungsgang, der ihm im Heimatland einen Aufstieg aus seiner Herkunftsschicht ermöglichen würde, erhält durch seine Übersiedlung nach Deutschland einen Bruch. Solche Beispiele sind von fast allen Bildungseinrichtungen, die MBSE-Maßnahmen durchführen, genannt worden.

Die Zukunft der mit einem höheren Bildungsabschluß eingereisten Jugendlichen ist somit ebenfalls ungewiß, da für sie in der Regel die Eingliederungsmaßnahmen wie Intensivsprachkurse und berufsvorbereitende Maßnahmen noch nicht genügen, um in ihrem weiteren Bildungsgang an ihren schulischen Vorkenntnissen anknüpfen zu können. Sie hätten in ihrem Heimatland eine Fachschulausbildung beginnen oder auch studieren können. Diese Jugendlichen sind dann kaum daran interessiert, nach Abschluß eines Intensivsprachkurses und einer berufsvorbereitenden Maßnahme wie MBSE hier eine für sie „dequalifizierende“ Berufstätigkeit aufzunehmen. Ihnen müßte die Chance gewährt werden, den begonnenen Bildungsgang linear fortzuführen. Gerade auch im Interesse dieser Gruppe sollte eine besondere Elternberatung eingeführt werden, damit ihre Einreise nach Deutschland mit realistischen Erwartungen verbunden werden kann. Eine solche auf den Einzelfall bezogene Berufsberatung würde auch die Rückkehrchancen dieser Jugendlichen verbessern. Insgesamt stellt sich das Problem einer realistischen Einschätzung ihrer Bildungs- und Berufsperspektiven für alle „Spätzusteiger“. Ihre Eltern sind hier in Un- und Angeleertentätigkeiten beschäftigt und besitzen fast keine Informationen über das deutsche Bildungssystem oder unsere Berufsstruktur. Sie können ihnen kaum eine situationsgerechte Ein-

gliederungshilfe bieten. Die dadurch verstärkte Desorientierung dieser Jugendlichen müßte durch eine frühzeitige Elternberatung behoben werden und die angebotenen Fördermaßnahmen wären zielgruppengerechter auf die besonderen Fähigkeiten und besonderen Defizite dieser Kinder und Jugendlichen zu beziehen.

Die „integrationsorientierten“ Ausländer

Die „Defizitsituation“ der 1. Ausländergeneration wird von denjenigen durchbrochen, die sich in die hiesigen Lebensverhältnisse integriert haben: mit Deutschen kommunizieren, mit Deutschen befreundet oder verheiratet sind. Diese Gruppe ist meist zwischen 25 und 35 Jahre alt, lebt länger als 5 Jahre in der Bundesrepublik und verfügt über gute soziale Kontakte zu Deutschen. Sie besitzen eine bessere Schulbildung als die große Zahl der in un- und angelernten Tätigkeiten beschäftigten Ausländer. Sie sind vor allem daran interessiert, ihre materiellen Lebensbedingungen hier zu verbessern. Sie würden nur zurückkehren, wenn sie im Heimatland einen gleichen Lebensstandard hätten.

„Das muß jeder selbst wissen, was er macht. Wenn ich mich zu etwas wie dieser Maßnahme entschließe, gehe ich zum Arbeitsamt. Ich habe ja das gleiche Recht wie der deutsche Steuerzahler. Wenn ich Deutsch kann, kann ich auch eine Ausbildung machen. Wenn einer sechs bis sieben Jahre hier ist, dann muß er auch gut sprechen können, sonst ist er selbst schuld. Auch bei der Wohnungssuche mache ich alles selbst. Das hat bisher gut geklappt: Arbeit, Wohnung, Kindergarten.“ (Spanier, 27 Jahre, Teilnehmer in einer Umschulungsmaßnahme)

Sie sind fast alle in ihren Bildungsaktivitäten erfolgreich und unterscheiden sich in den Kursen kaum von den deutschen Teilnehmern. Sie wollen oft nach Erreichen ihres Berufsabschlusses weiter an Aufstiegsfortbildungsmaßnahmen teilnehmen.

„Ich bin jetzt Rehabilitand. Ich mache hier eine Umschulung mit dem Abschluß als Elektroinstallateur. Die Ausbildung dauert 24 Monate. Danach kann ich noch einen Halbjahreskurs Elektronik besuchen. Aber dazwischen wäre mir ein Praktikum sehr wichtig. Deutsch spreche ich jetzt sehr gut. Ich habe mit einem Freund wechselseitig Deutsch und Spanisch gelernt . . . Meine Fortbildung war hier alles Eigeninitiative. Ich will hier einen guten Beruf mit Aufstiegsmöglichkeiten haben.“ (Spanier, 30 Jahre)

Diese „integrationsorientierten“ Ausländer sind in allen Maßnahmen, die untersucht wurden, in die jeweilige Lerngruppe gut integriert. Ihre Absicht, in Deutschland zu bleiben, basiert im wesentlichen auf einer ökonomischen Entscheidung. Hier sehen sie bessere Verdienstmöglichkeiten, die sozialen und politischen Verhältnisse sind stabiler, sie haben Aufstiegschancen und können mit ihren hier erworbenen Qualifikationen in ihren Heimatorten ohnehin kaum eine entsprechend honorierte Arbeit finden. Viele Befragte dieser Gruppe, deren Kinder hier geboren sind, sehen ihre Heimat nur noch als Urlaubsland. Ihre Kinder sind von Geburt an integrationsorientiert erzogen worden.

„Mein Sohn geht nur in die deutsche Schule. Wenn man ihn nachmittags in die griechische Schule schickt, ist das eine Überforderung. Da lernt er nur etwas schreiben und sprechen. Er kann nicht mehr spielen und die Aufgaben für die deutsche Schule machen. Viele griechische Kinder können dann gar nichts, nicht richtig Deutsch und nicht richtig Griechisch. Der Unterricht in der griechischen Schule ist begrenzt, er ist nicht auf Weiterbildung bezogen. Dann soll er lieber richtig Deutsch lernen.“ (Grieche, 28 Jahre)

In der Regel sind es die Kinder dieser Gruppe, die eine Realschule oder auch in wenigen Fällen ein Gymnasium besuchen bzw. ohne besondere Förderung eine Berufsausbildung abschließen. Diese Kinder und Jugendlichen „fallen“ kaum noch als Ausländer auf.

Es ist hier nicht möglich, diese verschiedenen „Typologien“ von ausländischen Teilnehmern in Bildungsmaßnahmen, die beschrieben wurden, besonderen Nationalitäten zuzuordnen. Es geht viel-

mehr darum, den Berufsberatern, Lehrkräften, Ausbildern und anderen für die berufliche Qualifizierung zuständigen Personengruppen Merkmalskombinationen darzulegen, die die Eingliederungs- und Bildungschancen von Ausländern hemmen oder verbessern. Ein Türke, der als faktischer Analphabet nach Deutschland gekommen, hier seit einigen Jahren als ungelernter Arbeiter tätig und strenggläubiger Moslem ist, benötigt eine andere Beratung als ein Jugendlicher, der in der Türkei das berufliche Gymnasium erfolgreich abgeschlossen hat und in einer nicht besonders religiös eingestellten Familie aufgewachsen ist.

Schlußbemerkung

Ziel dieses Beitrags ist es gewesen, den Einfluß der Lebens-, Berufs- und Bildungssituation der 1. Ausländergeneration auf die Eingliederungschancen der ausländischen Jugendlichen zu beschreiben. Aus der Darstellung ergibt sich, daß isolierte Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Schul- und Ausbildungssituation der Jugendlichen oft deshalb nicht erfolgreich sind, weil die Eltern diese Eingliederungshilfen nicht unterstützen können. Eine Einbeziehung der Eltern in Eingliederungsmaßnahmen ist daher von hoher Bedeutung. Als Beispiele seien stellvertretend für andere Projekte das Modell „Lernstatt im Wohnbezirk“ in Berlin-Wedding [11] sowie das „Lernortübergreifende Kooperationsprojekt“ des Deutschen Jugendinstituts in München oder das „Projekt Weinheim“ genannt [12].

Vor allem sind in diesem Zusammenhang auch die vielfältigen Fördermaßnahmen der Spanischen Botschaft zu erwähnen, die versucht, möglichst allen in Deutschland lebenden Spaniern die Bildungsvoraussetzungen zu vermitteln, damit diese eine qualifizierte Berufsausbildung erlangen können.

Solche Aktivitäten sind auch aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten von Bedeutung. Die Ausländer-Arbeitslosen-Quote beträgt zur Zeit fast 8 Prozent. Von den erwerbsfähigen Türken sind inzwischen etwa 11 Prozent arbeitslos, davon übten rund 90 Prozent zuvor eine Tätigkeit als Un- oder Angelernter aus. Diese Gruppe älterer ausländischer Arbeitnehmer, auf die die in Abschnitt 1 genannten Merkmale zutreffen, besitzt in der Regel nicht die qualifikatorischen Voraussetzungen, um eine Fortbildung oder Umschulung mit Aussicht auf einen erfolgreichen Abschluß aufzunehmen.

Diesen Ausländern eine personengerechte Berufs- und Bildungsberatung zu vermitteln, stellt sich den zuständigen Gremien als eine schwierige Aufgabe dar. Hier könnten regionale Arbeitskreise, Koordinierungsgremien u. ä. eine sinnvolle Vermittlung übernehmen [13]. Aber auch die Betriebe, die zunehmend an einer Höherqualifizierung ihrer ausländischen Beschäftigten interessiert sind, können eine praxisnahe Beratungs- und Qualifikationsfunktion ausüben. Hier kann als ein Beispiel auf das Modell Lernstatt der BMW AG und der HOECHST AG verwiesen werden.

Im Sinne einer erfolgreichen sozialen und beruflichen Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer sollten in solchen Maßnahmen folgende Prinzipien berücksichtigt werden [14]:

- Eingliederung ist ein Prozeß der ganzen Familie. Daher sollte in (möglichst) lernortübergreifende Bildungsmaßnahmen die gesamte Familie einbezogen werden,
- die didaktische Gestaltung der Maßnahmen hätte an der Lebenssituation und den Alltagserfahrungen der Ausländer anzuknüpfen und darauf aufbauend erst Fachwissen zu vermitteln. Dabei sollten sich die Lernmethoden am exemplarischen Lernen und der Projektmethode orientieren,
- diese Konzeption ist nur mittels einer Kooperation zwischen verschiedenen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu realisieren,
- schließlich sollten Aspekte einer rückkehrbezogenen Aus- und Weiterbildung berücksichtigt werden.

Zur Praxis solcher Maßnahmen liegen zur Zeit erst isolierte Erfahrungsberichte vor. Im Abschlußbericht des Forschungspro-

jekts von Kühn/Markert werden solche exemplarisch ausgewählten Maßnahmen ausführlicher dargestellt.

Anmerkungen

- [1] Hecker, U.; Schmidt-Hackenberg, D.: Bildungs- und Beschäftigungssituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland — Teil I: Grunddaten der Befragung, Berichte zur beruflichen Bildung, BIBB, Berlin, 1980.
- Neumann, K.-H.; Pohmann, G.: Fallstudien zur Praxis der betrieblichen Ausbildung ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 36, BIBB, Berlin 1981.
- Untersuchung der Determinanten der beruflichen Ausbildungsbeilegung von ausländischen Jugendlichen in Berlin (West). Vorgelegt von der PROGNOSE AG. Basel i. A. des Regierenden Bürgermeisters von Berlin (West) — Senatskanzlei/1980.
- Walz, H. D.: Zur Situation von jugendlichen Gastarbeitern in Familie, Freizeit, Schule und Beruf. DJI: Deutsches Jugendinstitut München, 1980
- Integrationsprobleme ausländischer Jugendlicher. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden 1981, Beiheft 2.
- Schlaffke, W.; Zedler, R.: Die zweite Ausländergeneration. Deutscher Instituts-Verlag Köln, 1980.
- Schober, K.: Zur Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1981.
- [2] Gaugler, E.; Weber, W.; u. a.: Ausländer in deutschen Industriebetrieben. Band 1, Hanstein-Verlag, Königstein/1978.
- Kremer, M.; Spangenberg, H.: Assimilation ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Band 5, Hanstein-Verlag, Königstein/1980.
- Esser, H.; Gaugler, E.; u. a.: Arbeitsmigration und Integration. Materialien zur Arbeitsmigration und Ausländerbeschäftigung, Band 4, Hanstein-Verlag, Königstein/1979.
- Mehrländer, U.; u. a.: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1981.
- [3] Vgl. besonders Hecker 1980, S. 64 f.
- [4] Vgl. besonders Kremer/Spangenberg 1980, Gaugler/Weber u. a. 1978, besonders S. 72 f. und Hecker 1980, S. 51 f. sowie Schober 1981.
- [5] Vgl. Gaugler/Weber u. a. 1978, S. 74 f. und Mehrländer u. a., 1981.
- [6] Vgl. Kremer/Spangenberg 1980, S. 28.
- [7] Vgl. Kremer/Spangenberg, S. 37 f.
- [8] Vgl. Hecker 1980, S. 65 f.
- [9] Vgl. Gottschall, D.: Lernen vor Ort, Arbeiterbildung bei HOECHST. In: Manager-Magazin, 2/79 und Samson, H.: Lernstatt HOECHST — Eine Initiative zur Organisation von Gruppenarbeit in Betrieben. In: Schlaffke, W; Zedler, R. (Hrsg.), Betriebliche Bildungsarbeit — Standpunkte, Entwicklung, Modelle. Deutscher Instituts Verlag, Köln 1982.
- [10] Vgl. die Untersuchung des Bildungswerks der Hessischen Wirtschaft von 1981.
- [11] Vgl. Institut für Zukunftsforschung/Cooperative Arbeitsdidaktik. Lernstatt im Wohnbezirk. Frankfurt/New York: Campus Verlag 1978.
- [12] Nähere Informationen bei: Koordinierungsgremium für Ausländerfragen in München, c/o: Deutsches Jugendinstitut, München und Projekt Weinheim. Förderung der sozialen und beruflichen Integration deutscher und ausländischer Jugendlicher, c/o Weinheim/Bergstraße.
- [13] Vgl. dazu bereits: Nacken/Wüstendörfer: Berufliche Aus- und Fortbildung ausländischer Arbeitnehmer. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Integration ausländischer Arbeitnehmer, Bonn 1976.
- [14] Vgl. auch Langenohl-Weyer u. a.: Zur Integration der Ausländer im Bildungsbereich. München, Juventa Verlag 1979.

Tibor Adler / Peter-Werner Kloas

Behinderte Jugendliche im Berufsbildungssystem

Ansätze zur Verbesserung der Ausbildungssituation

Die Erkenntnis, daß Berufstätigkeit auch für Behinderte als eine wesentliche Voraussetzung individueller und gesellschaftlicher Integration anzusehen ist, hat sich in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten weitgehend durchgesetzt.

Unterschiedliche Entwicklungstendenzen haben dazu beigetragen, daß diese aus der Zielsetzung eines Sozialstaates ableitbare Vorstellung — jedem die Möglichkeit zur Ausübung einer freigewählten Tätigkeit zu geben — auch für Behinderte an Wirksamkeit gewann. Vor einer Einlösung dieses Anspruchs sind wir allerdings noch weit entfernt.

Das Integrationsziel schlug sich in einigen für die berufliche Rehabilitation Behinderter wesentlichen Gesetzen nieder; es hat sich jedoch auch auf alle anderen Lebensphasen und Lebensbereiche wie Erziehung, Bildung und Beruf ausgewirkt. Maßgeblicher Schritt für die Einbeziehung behinderter Jugendlicher in das Berufsbildungssystem ist das 1969 erlassene Berufsbildungsgesetz.

Im folgenden wird zunächst versucht, anhand vorliegender Forschungsergebnisse zu skizzieren, inwieweit der zentrale Anspruch des BBiG auch für behinderte Jugendliche realisiert werden konnte. Anschließend werden Ansätze zur Diskussion gestellt, die zur quantitativen und qualitativen Verbesserung der Ausbildungssituation Behinderter beitragen könnten.

Besondere Bedeutung für die Berufsausbildung Jugendlicher erlangen die nach dem Berufsbildungsgesetz staatlich anerkannten Ausbildungsberufe und die dafür erlassenen Ausbildungsordnungen durch den ebenfalls im Berufsbildungsgesetz formulierten Ausschließlichkeitsgrundsatz: Danach dürfen Jugendliche unter 18 Jahren in anderen als solchen anerkannten Ausbildungsberufen und abweichend von den Ausbildungsordnungen nicht ausgebildet werden.

Die staatliche Anerkennung von Ausbildungsberufen und deren inhaltliche Ausgestaltung durch Ausbildungsordnungen bewirkt, daß für alle Betroffenen und Verantwortlichen in der Berufsausbildung zumindest formal die gleichen Bedingungen gelten.

Der Ausschließlichkeitsgrundsatz des Berufsbildungsgesetzes mit seinen Auswirkungen gilt prinzipiell auch für die Berufsausbildung behinderter Jugendlicher. Er beinhaltet, daß ihnen durch angemessene Berufswahlvorbereitung, rechtzeitige und intensive Berufsvorbereitung, behindertengerechte Ausbildungsorganisation in Betrieb und Schule unter Einbeziehung dafür qualifizierten Personals die Möglichkeit eröffnet wird, den Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu erreichen.

Lediglich für solche behinderte Jugendliche, bei denen Art und Schwere der Behinderung so gravierend sind, daß sie nicht in der Lage sind, eine Berufsausbildung in einem anerkannten Aus-